

ALLIGATOR



Rundbrief der GRÜNEN LIGA e. V.

10/ 15 • 26. Jahrgang

11/ 15

Klage gegen Welzow-Süd II.....	2
ALLIGATOR-Intro.....	2
Volksbegehren in Brandenburg.....	3
Ernährung und Nachhaltigkeit.....	4
Interview mit Dr. Edmund Haferbeck.....	6
Jugendzeitschrift Peppercorn.....	8
Kostenloser ÖPNV.....	9
Reisebericht.....	12
Buch-Tipp.....	14
Dies & Das.....	15
Adressen.....	16

Klage gegen Welzow-Süd II

Titelfoto:
Braunkohletage-
bau Reichwalde
mit Kraftwerk
Boxberg im Hin-
tergrund

(c) Julian
Nietzsche/ pixe-
lio.de

Der Braunkohlenplan für den Vattenfall-Tagebau Welzow-Süd II ist rechtswidrig und muss daher für unwirksam erklärt werden. Dies begründet eine 50-seitige Klageschrift im Auftrag von Greenpeace, BUND Brandenburg und dem Bundesverband der GRÜNEN LIGA. Die Umweltschützer reichten Ende August gemeinsam mit einem Betroffenen eine Normenkontrollklage beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg ein. Wird der Klage stattgegeben, muss das

Abbau von Braunkohle fest. Die Klage legt unter anderem dar, dass die Landesregierung bei ihrem Beschluss des Braunkohlenplans im Jahr 2014 die energiepolitische Notwendigkeit nicht realistisch eingeschätzt hat. Die Energiewende macht Strom aus konventionellen Kraftwerken zunehmend überflüssig. „Es ist absurd anzunehmen, dass Braunkohlekraftwerke in der Lausitz weit über das Jahr 2030 hinaus unter Volllast laufen werden“, so Karsten Smid, Energie-Experte von

mangelhaft. „Die Prognose, dass die Braunkohle aus Welzow-Süd II noch bis 2042 gebraucht wird, ist so realitätsfern, dass sie sich gegen Grundrechte der Betroffenen, Wasser- und Naturschutzrecht nicht durchsetzen kann. Die Rechtswirkungen des Planes sind erheblich – auch bevor die bergrechtliche Zulassung kommt. Er muss daher für unwirksam erklärt werden“, so Verheyen. Im geplanten Tagebau Welzow-Süd II sollen 200 Millionen Tonnen Braunkohle abgebaut werden, die bis in die 2040er Jahre in den Lausitzer Braunkohlekraftwerken verbrannt werden würden. Dabei würden etwa 200 Millionen Tonnen klimaschädliches CO₂ entstehen. „Mit weiteren Tagebauen wie Welzow-Süd II wird Deutschland sein Ziel, bis zum Jahr 2050 den CO₂-Ausstoß um 80 bis 95 Prozent zu senken, klar verfehlen“, sagt Axel Kruschat, Geschäftsführer des BUND Brandenburg. Die Belastung von Grund- und Oberflächenwasser durch Tagebaue hat mittlerweile besorgniserregende Ausmaße erreicht. Eine Studie weist nach, dass vor allem aktive Tagebaue die Qualität des Trinkwassers in Brandenburg und Berlin gefährden. „Viele Umweltfolgen sind im Braunkohlenplan nicht ausreichend berücksichtigt. Es ist absurd neue Tagebaue zu planen, ohne die Folgen der bisherigen im Griff zu haben“, sagt René Schuster der als Leiter der GRÜNE-LIGA-Bundeskontaktstelle und Braunkohle die Klage für den Bundesverband GRÜNE LIGA betreut.

Foto rechts:
Schaufelrad-
bagger im
Einsatz

(c) Claus
Weisweiler /
pixelio.de



langwierige Planverfahren für die geplante Kohlegrube neu aufgerollt werden. Die Zukunft des Tagebaus Welzow-Süd II wäre wieder offen. Die Klageschrift belegt detailliert Rechtsverstöße des Braunkohlenplans. In einem solchen legt die Landesregierung die Rahmenbedingungen für den

Greenpeace. Auch jeder weitere Schritt kann rechtlich angegriffen werden. Dadurch droht die Genehmigung für Vattenfall oder einen neuen Eigner zu einem sehr langwierigen Prozess zu werden. Rechtsanwältin Roda Verheyen hält den aktuell beklagten Braunkohleplan für stark

ALLIGATOR-Intro

Liebe Leserinnen und Leser,

das Sommerende wurde begleitet von vielen unschönen Ereignissen. Deutschland ist völlig überfordert mit der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Hinter verschlossenen Türen wird weiter über das brisante Freihandelsabkommen TTIP verhandelt und am Rande der großen Themen versucht Vattenfall einen neuen Tagebau zu erschließen. Die GRÜNE LIGA klagt mit anderen Umweltverbänden gegen dieses Vorhaben. Zusätzlich berichten wir über die Entwicklung von Antibiotikaresistenzen durch Lebensmittel, wir stellen das Projekt Peppercorn vor und einiges mehr. Wir möchten uns an dieser Stelle für die tolle Zusammenarbeit mit der ehemaligen FÖJlerin Nora Schiemann bedanken und begrüßen Lisa Kupsch als ihre Nachfolgerin. Viel Spaß bei der Lektüre.

// Anke Siegert
Redaktion Alligator

Impressum

Herausgeber
GRÜNE LIGA e.V.
Netzwerk ökologischer Bewegungen
Anschrift
GRÜNE LIGA e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
Tel. 030/2044745, Fax: 030/2044468
alligator@grueneliga.de
V.I.S.D.P.: Dr. Torsten Ehrke

Redaktion
Anke Siegert

Layout
Lisa Kupsch

Fotos
namentlich gekennzeichnet,
sonst ALLIGATOR-Archiv

Jahresabo
18,- EUR, Förderabo 25,- EUR
Für Mitglieder der GRÜNEN LIGA im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage
1.100

Spendenkonto
IBAN: DE61 430 609 678 025 676 900
BIC: GENODEM 1 GLS
GLS Gemeinschaftsbank eG
(Kennwort: ALLIGATOR)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.



Massentierhaltung stoppen

Das Volksbegehren gegen Massentierhaltung in Brandenburg

Am Mittwoch, dem 15. Juli 2015, startete das Volksbegehren „Stopp Massentierhaltung“ des Aktionsbündnisses Agrarwende Berlin-Brandenburg. Die vorangegangene Volksinitiative mit gleichem Namen verfolgte das Ziel 20.000 Unterschriften zu sammeln. Nach der Hälfte der verfügbaren Zeit wurden bereits 34.000 Unterschriften gezählt. Die Volksinitiative war damit ein großer Erfolg. So erfolgreich war die Volksinitiative auch deshalb, weil sie die Diskussion zwischen der Zivilgesell-

außerdem den Wert ihrer Grundstücke sinken. Das Bündnis aus über 40 Organisationen aus dem Spektrum der Umwelt- und Tierschutzverbände, der ökologischen Landwirtschaft und engagierten Bürgerinitiativen vor Ort fordert mit einem Volksbegehren die Verbesserung des Tierschutzes. Mit der Weiterverfolgung des direkt-demokratischen Instrumentes der Volksgesetzgebung soll die Forderungen nach mehr Tierwohl und dem Stopp von Mega-Mastanlagen durchgesetzt werden.

einklagen. Agrarinvestoren schon. Diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden, die Tierschutzverbände müssen die Rechte der Tiere auch vor Gericht vertreten dürfen!

Anders als bei einer Volksinitiative können die Unterschriften für ein Volksbegehren nicht direkt auf der Straße gesammelt werden. Unterstützer müssen in den amtlichen Auslagestellen unterschreiben, können sich die Unterlagen aber auch für eine Briefeintragung nach Hause schicken lassen. Die Briefwahl-eintragung ist eine hervorragende Möglichkeit der Partizipation, die allen Brandenburgern die Teilnahme am Volksbegehren erleichtert. Den Eintragungsschein kann man ohne großen Aufwand per Post oder E-Mail anfordern und anschließend portofrei an das jeweilige Bürgeramt zurücksenden. Vom 15. Juli 2015 bis zum 14. Januar 2016 haben die 2,09 Millionen abstimmungsberechtigten Brandenburger Bürger Zeit, die Forderungen des Volksbegehrens mit ihrer Unterschrift in den amtlichen Eintragungslisten zu unterstützen. Das Volksbegehren ist erfolgreich, wenn sich 80.000 Brandenburger in den amtlichen Unterschriftenlisten eintragen. Im Falle eines erfolgreichen Volksbegehrens muss sich dann der Landtag erneut mit den Forderungen befassen. Wird das Begehren wiederum abgelehnt, käme es zum Volksentscheid.

Die GRÜNE LIGA unterstützt das Aktionsbündnis Berlin-Brandenburg. Weitere Informationen unter: agrarwende.de

Brandenburg 15.7.15 - 14.1.16

VOLKSBEGEHREN gegen Massentierhaltung

schaft und den Landwirten initiiert hat. Doch obgleich die Initiatoren von allen Parteien für ihr Engagement einhellig gelobt wurden, kamen diese ihnen inhaltlich nicht entgegen: Die Koalition aus SPD und Linke empfahl dem Landtag lediglich, die Einrichtung eines ehrenamtlichen Tierschutzbeauftragten zu prüfen. Trotz des großen Erfolgs der Unterschriftensammlung mit knapp 34.000 Stimmen wurden die Forderungen der Volksinitiative Brandenburg „Stopp Massentierhaltung“ in der Landtags-sitzung vom 18. März 2015 mehrheitlich abgelehnt. Aus diesem Grund hat sich das Aktionsbündnis entschieden, ein Volksbegehren zu beantragen.

Der Bau von Massentierhaltungs-Anlagen boomt. Oft entstehen riesige Anlagen mit 100.000 oder mehr Tieren, in denen die Tiere unter qualvollen Bedingungen leben. Entsprechend groß ist der Gülleanfall und damit auch der entstehende Gestank. Für die Anwohner_innen kann dies zu einer großen Belastung werden. Geruch, Lärm und häufig zunehmender Lieferverkehr lassen

1. Es dürfen ausschließlich art- und tiergerechte Haltungsverfahren gefördert werden. Dabei muss die Tierhaltung an die zur Verfügung stehende Fläche gebunden sein. Tierhaltungsanlagen ab einer bestimmten Größe dürfen gar nicht mehr gefördert werden.

2. Verbot des Kupierens von Schwänzen bei Schweinen sowie Schnäbeln bei Hühnern! Wir müssen unsere Tiere endlich so halten, dass die Verhaltensstörungen Schwanzbeißen und Federpicken nicht mehr auftreten, statt die Tiere an die schlechten Haltungsbedingungen anzupassen!

3. Benennung eines Tierschutzbeauftragten im Land Brandenburg! Es braucht einen von der Regierung unabhängigen Tierschutzbeauftragten, um auf Missstände in der Tierhaltung schnell, kompetent und wirksam reagieren zu können.

4. Einführung eines Mitwirkungs- und Klagerechtes für anerkannte Tierschutzverbände! Tiere können ihre Rechte nicht selbst vor Gericht

Foto unten: die Briefwahl

(c) Norbert Staudt/ pixelio



Anke Siegert

Ernährung und Nachhaltigkeit

Die Masse macht's – Antibiotikaresistenzen durch Kurzsichtigkeit in der Lebensmittelproduktion

Teil 1 der Reihe erschien im Alligator 6/7 2015 unter dem Titel „Vegetarier essen meinem Essen das Fressen weg!“

Wer kennt das nicht? Man fühlt sich gesundheitlich angeschlagen und schlapp, geht zum Arzt, und der schlägt einem die Einnahme von Antibiotika vor. Ich persönlich frage dann stets, ob das wirklich schon nötig ist und schlucke die dicken Pillen dann eher widerwillig. Schließlich weiß man ja, dass durch eine zu häufige Einnahme von Antibiotika die Gefahr von antibiotikaresistenten Keimen wächst. Zum Glück bin ich nur sehr selten krank und muss deshalb wohl nicht befürchten, dass ich mich durch eine solche Einnahme wirklich einer erhöhten Gefahr aussetze. Wenn man sich den Einsatz

Sogar die EU-Behörden für Lebensmittelsicherheit (Efsa) und Krankheitsprävention (ECDC) veröffentlichten im Februar diesen Jahres einen Bericht zum Thema "Antibiotikaresistenzen bei Bakterien, die zwischen Tieren und Menschen übertragen werden können". Diese Übertragung findet statt, wenn wir Fleisch verarbeiten oder welches essen, das mit antibiotikaresistenten Keimen verunreinigt ist und nicht ausreichend erhitzt wurde. Auch an Gemüse, welches mit Dünger aus der Tiermast in Kontakt war, können die resistenten Keime haften.

Die Folgen für Mensch und Umwelt sind weitreichend. Der BUND schätzt, dass bereits jetzt jährlich rund 35.000 Menschen in Deutschland sterben, obwohl sie Infektionen haben, die normalerweise mit Antibiotika behandelt werden können. Natürlich ist es hier problematisch, jeden einzelnen Fall auf resistente Keime zurückzuführen, aber selbst wenn dies nur bei der Hälfte der Fälle der ausschlaggebende Grund gewesen sein sollte, bleiben diese Zahlen höchst alarmierend.

Was sind diese Antibiotikaresistenzen überhaupt und wie entstehen sie?

Zunächst einmal ist damit die Eigenschaft von Bakterien gemeint, eine Widerstandsfähigkeit gegen bestimmte Antibiotika zu besitzen. Normalerweise wirken deren Inhaltsstoffe auf Bakterien, indem sie zum Beispiel deren Zellwandbildung beeinträchtigen. Wenn diese nicht vollständig aufgebaut wird, strömt Wasser in das Zellinnere, und die innere Begrenzung der Bakterien (Zellmembran) kann durch die Dehnung zerreißen. Durch solche und andere Wirkmechanismen sind Antibiotika als Medikament eigentlich sehr ef-

ektiv und galten nach der Entdeckung im Jahr 1928 als Wunderwaffe gegen bakterielle Infektionen.

In Bezug auf die Resistenzen kann man grob betrachtet zwischen der natürlichen und erworbenen Resistenz unterscheiden. Für uns von Interesse sind vor allem die erworbenen Resistenzen. Diese erhalten Bakterien durch eine zufällige Mutation in ihrem Genom. Durch die rasche Vermehrung der Bakterien steigt insgesamt auch die Wahrscheinlichkeit für Mutationen, also Veränderungen ihres Erbgutes. Wenn eine Mutation nun eine Veränderung im Aufbau des Bakteriums verursacht, die die Wirkungsweise eines Antibiotikums X einschränkt, dann ist eine neue Resistenz entstanden. Dies wäre in Bezug auf einzelne Bakterien erst einmal unproblematisch. Aber nun kommen zwei Faktoren ins Spiel. Zum einen die kurze Generationsdauer der Bakterien, sie geben diese Mutation also in kurzer Zeit an viele „Nachkommen“ weiter, die durch Zweiteilung entstehen. Zum anderen besitzen Bakterien die Fähigkeit, ihre Erbinformation untereinander auszutauschen. Dies nennt man Gentransfer, und durch diesen können eben auch die Mutationen weitergegeben werden, die das Antibiotikum X unwirksam werden lassen. Wird es nun von einem Tier oder dem Menschen eingenommen, so werden alle nicht resistenten Bakterien abgetötet. Die resistenten Individuen sind nun aber noch vorhanden. Und da sie sich weiter vermehren und auch weiterhin Gentransfer betreiben können, wächst in kürzester Zeit die Anzahl dieser resistenten Bakterien. Das besagte Antibiotikum X würde nun bei einer erneuten Einnahme keine richtige Wirkung mehr zeigen. Wenn wir dann in Kontakt mit diesen Bakterien kommen und aufgrund erster Symptome mit der Einnahme des



Foto links: Puten in Massentierhaltung

(c)Uschi Dreiu-cker / pixelio.de

von Antibiotika genauer anschaut, wird schnell deutlich, dass die Humanmedizin ohnehin eher geringe Mengeneinsatz – zumindest im Vergleich zur Veterinärmedizin. Laut dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) in Berlin wurden im Jahr 2012 mehr als 1600 Tonnen Antibiotika in der Tiermast eingesetzt, damit ist Deutschland Spitzenreiter unter den europäischen Ländern. In der Humanmedizin werden nach Angaben der Pharmazeutischen Zeitung jährlich „nur“ 250 bis 300 Tonnen Antibiotika verwendet.

Der hohe Einsatz in der Tiermast birgt auch direkte Gefahren für uns.

Antibiotikums X beginnen würden, wäre dieses auch bei uns wirkungslos. Hier wäre also das Ausweichen auf ein anderes Antibiotikum notwendig, doch mittlerweile weisen viele Bakterienstämme in der Tiermast sogenannte Multiresistenzen auf, sie sind also gleichzeitig gegen mehrere Antibiotikatyphen resistent.

Wieso treten diese Resistenzen verstärkt in der Massentierhaltung auf?

Antibiotika dürfen in der Massentierhaltung nur gezielt und nach Verschreibung durch einen Tierarzt verwendet werden. Soviel zur Theorie. Doch in der Praxis ist eine gezielte Behandlung der Tiere nicht ohne weiteres möglich.

Laut einer Studie des Landes Nordrhein-Westfalen wurden an 96 Prozent der Masthühnchen aus den untersuchten Beständen Antibiotika verabreicht. Hierbei waren zum Teil bis zu acht unterschiedliche Wirkstoffe im Einsatz. Hinzu kommt, dass es häufig auch nicht bei einmaligen Antibiotikabehandlungen bleibt. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ließ 2011 die durchschnittliche Anzahl der Behandlungen von Masttieren ermitteln. Dies ergab, dass

Mastschweine während ihres Lebens bis zu sechs Mal mit Antibiotika behandelt werden, Milchrinder sogar pro Lebensjahr 2,5 Mal. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Wenn sich ein Tier infiziert hat, ist die Gefahr groß, dass auch andere Tiere sich anstecken oder bereits angesteckt haben. Auch die gezielte Verabreichung der Medikamente ist schwierig. Die Tiere werden also häufig über das Futter oder die Wasserquellen mit Antibiotika versorgt. Dies geschieht in Mengen, die sicherstellen, dass alle Tiere, die sich womöglich infiziert haben, ebenfalls behandelt werden.

Um eine weitere Zunahme der Resistenzen in der Tiermast zu verhindern, rät das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) dazu, den Antibiotika-Einsatz auf „das unbedingt therapeutisch notwendige Maß“ zu begrenzen. Dabei sollten „Anstrengungen, die Tiere gesund zu erhalten, damit keine Behandlung erforderlich ist im Vordergrund stehen“. Diese Forderung klingt gewiss vernünftig, doch muss klar sein, dass dies in einem System, in dem eine Vielzahl von Tieren auf engstem Raum gehalten wird, schier unmöglich ist. Wir Menschen infizieren uns auch schneller gegenseitig, wenn wir

in engen warmen Räumen beieinander stehen. Die Tiere in der Massentierhaltung tun dies ihr ganzes Leben lang. Zusätzlich sind die vorherrschenden hygienischen Bedingungen die perfekten Nährböden für Bakterien. Und je mehr Bakterien vorhanden sind, desto mehr Infektionen sind möglich.

Diesen Kreislauf wird man im bestehenden System nicht durchbrechen können. Hier ist also wieder das Verantwortungsbewusstsein und die Mündigkeit einer jeden Einzelperson gefragt. Die ökologische Landwirtschaft bietet den Tieren sicherlich mehr Raum, bessere Lebensbedingungen und dadurch weniger Nährböden für krankheitserregende Bakterien. Tofuwürste und Saitanschnitzel können zum Glück ganz ohne Tiermast hergestellt werden – durch eine verstärkt oder komplett pflanzliche Ernährung kann der wachsenden Zahl antibiotikaresistenter Keime also ebenfalls sehr wirksam begegnet werden. Wie immer bei diesem Thema, täte man damit nicht nur seinem Körper, sondern auch den Tieren und der Umwelt viel Gutes.

// Anke Siegert
Redaktion Alligator

Werde Mitglied bei der GRÜNEN LIGA e.V.



Ich möchte Ordentliches Mitglied / Fördermitglied der GRÜNEN LIGA e.V. werden.

Vor- / Zuname: _____ KontoinhaberIn: _____

Adresse: _____ Kreditinstitut: _____

BIC: _____

E-Mail-Adresse: _____ IBAN: _____

Telefonnr.: _____

Geb.-Datum: _____ . _____ . _____

Ich zahle per SEPA-Lastschrift.

Ich erteile eine Einzugsermächtigung und ein SEPA-Lastschriftmandat an:
GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Gläubiger-ID-Nummer: DE75ZZ00000444819, Mandatsreferenz wird mitgeteilt.

Ich ermächtige die GRÜNE LIGA e.V. widerruflich, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der GRÜNEN LIGA e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen kann. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das Mandat gilt für wiederkehrende Zahlungen. Die Mandatsreferenz-Nr. wird dem Kontoinhaber mit einer separaten Ankündigung über den erstmaligen Einzug des Lastschriftbetrages mitgeteilt.

Die Einzugsermächtigung / Das SEPA-Lastschriftmandat kann jederzeit ohne Grundangabe schriftlich widerrufen werden.

Ich bin bereit, einen Jahresbeitrag von (mindestens 60)

_____ Euro zu entrichten. Ich zahle

quartalsweise / halbjährlich / jährlich.

Bitte entscheiden Sie sich für die SEPA-Lastschrift, Sie helfen uns damit, Aufwand und Verwaltungskosten zu sparen.

Ich überweise den Jahresbeitrag auf das Konto der GRÜNEN LIGA e.V. bei der GLS Gemeinschaftsbank:

IBAN: DE34430609678025676901

BIC: GENODEM1GLS

Fördermitgliedschaft: Freie Verwendung / thematische Verwendung.
Bei thematischer Verwendung erhalten Sie ein Infoschreiben.

Satzung und Beitragsordnung sind auf unserer Internetseite
www.grueneliga.de einzusehen.

Datum und Ort, Unterschrift

Gegen den Egoismus der Menschen

Über die Arbeit als Tierrechtler in einer Nicht-Regierungs-Organisation

Kurzprofil Dr. Edmund Haferbeck

Foto rechts:
Portraitfoto von
Dr. sc. agr.
Edmund
Haferbeck

(c) PeTA



Alter: 58

Kinder: 0

Beruf: Angestellter

Hobbies: Kino, Theater, Oper

Liebblings-Reiseziel: La Palma

Liebblings-Pflanze: Stiefmütterchen

Liebblings-Tier: Katze

Liebblings-Essen: Tofu-Pfanne

Liebblings-Getränk: Kaffee

Liebblings-Musik: Filmmusik

Liebblings-Film: James Bond: Casino Royale

Liebblingsbuch: Stieg Larssons Millenium Trilogie und Hermann Hesses Steppenwolf

Lebensmotto: carpe diem

Was stört Dich besonders?: Der Egoismus der Menschen

Mitglied der GRÜNEN LIGA seit: 1995

Bisherige Position bei der GRÜNEN LIGA: Mitglied, enger Partner von Klaus Schlüter in Schwerin

Schönstes Erlebnis bei der GL: Erfolgreiche Recherche mit Jörg Friese im Baltikum zur Müllmafia

Schlimmstes Erlebnis bei der GL: -

Deine Idee gegen die Klimakrise, lokal: vegan leben, kein Auto, sondern ÖPNV und Car-Sharing

Kurzes Statement zur momentanen Situation des Umwelt- und Naturschutzes in der Bundesrepublik Deutschland: Stagnierend, wie alles an notwendigen Reformen

Alligator: Inwiefern fühlst du dich noch mit der GRÜNEN LIGA verbunden?

Edmund: Die GRÜNE LIGA ist der wichtigste Umweltverband der neuen Bundesländer, zu DDR-Zeiten quasi „Staatsfeind“, dann in seiner Konse-

quenz nach der Wende nahezu allein auf weiter Flur.

Alligator: Wie bist du zu PETA gekommen?

Edmund: Ich war schon immer tier-schützerisch und später auch tier-

rechtlerisch aktiv. Als Harald Ullmann, der zweite alleinvertre-tungsberechtigte Vorsitzende, 2004 auf mich zukam und fragte, ob ich nicht einsteigen wolle, habe ich ab-gewogen, noch fünf Jahre meine Stadtvertretungsarbeit in Schwerin

als gewählter bündnisgrüner Stadtvertreter mit der Arbeit bei PETA zu verbinden und dann vollständig mit Familie nach Stuttgart zu wechseln. Schon vor 2004 habe ich einiges für PETA gemacht.

Alligator: Was fesselt dich an deiner Arbeit?

Edmund: Sie ist enorm anspruchsvoll, man muss alles können, fachlich fit sein, eloquent, schlagfertig und eine hohe Stresstoleranz aufweisen. PETA ist eine NGO, über die sehr viel geschrieben und berichtet wird, man steht ständig unter öffentlicher Beobachtung und kann Akzente setzen. Das Zusammenarbeiten mit den Kolleginnen und Kollegen ist angenehm, weil alle dasselbe Ziel vereint. Es gibt kaum Intrigen, man ist im Kollegium strikt an der Sache orientiert.

Alligator: Was hältst du vom aktuellen Volksbegehren in Brandenburg gegen Massentierhaltung?

Edmund: Sehr viel, vor allem in Brandenburg mit seinen verkrusteten Strukturen, egal, welche Parteien an der Macht sind. Vor der Wahl wird versprochen, solche Betriebe nicht mehr zu genehmigen, nach der Wahl tut man es, so verlogen ist die Politik nicht nur in Brandenburg. Das müsste es in den meisten Bundesländern geben.

Alligator: Unterstützt PETA ähnliche Aktionen und Projekte, die von den Bürgern selbst ausgehen?

Edmund: Ja, auch über Petitionen, sehr stark auch über konkrete Einwendungen gegen Massentierhaltungsbetriebe bundesweit. Und PETA hat durch seine Undercover-Videos erst diesen Protest mit über 200 Bürgerinitiativen mit entstehen lassen.

Alligator: Glaubst du, die Einrichtung eines Tierschutzbeauftragten könnte Verbesserungen in der Politik auf Bundesebene bewirken und damit auch die Lage für die Tiere verbessern?

Edmund: Ja, wir haben eigentlich gute Erfahrungen mit den beiden Tierschutzbeauftragten in Hessen und Baden-Württemberg. Auf Bundesebene hätte eine solche Position nur Wirkung, wenn der Tierschutz aus dem Landwirtschaftsministerium herausgebrochen und beispielsweise in das Umweltministerium integriert würde. Dieser Webfehler, Landwirtschaft, Forsten, Ernährung mit dem Tierschutz zu verknüpfen, muss entflochten werden.

Alligator: Was müsste deiner Meinung nach geschehen damit sich dauerhaft politische Änderungen bezüglich nachhaltiger Agrarwirtschaft einstellen?

Edmund: Die Steuergesetzgebung müsste sich zu Lasten tierischer Produkte und zu Gunsten pflanzlicher Alternativen ändern, keinen verringerten Mehrwertsteuersatz mehr für Fleisch, Milch, Käseprodukte, Eier. Alles dies ist einfach machbar. Das Grundgesetz (Art. 20a GG) müsste endlich exekutiert werden, auch durch Einführung eines bundesdeutschen Verbandsklagegesetzes für Tierschutz- und Tierrechtsorganisationen ähnlich wie im Natur- und Umweltschutzrecht. Die Subventionen müssten sofort gestoppt werden für Tierproduktionsbetriebe und umgesteuert werden hin zur biovegane Landwirtschaft. Das Tierschutzgesetz muss komplett von einem Tiernutz- zu einem Tierschutzgesetz mutieren, welches seinen Namen verdient, ähnliche Ansätze wie in der Schweiz. Viel mehr Verbote. Der DBV und die Agrarlobbyverbände müssten geschnitten werden, sie verbreiten systematisch Lügen. Die Wirtschaft selbst reagiert bereits auf Druck u.a. von PETA hin.

Alligator: Wie kann man möglichst viele Menschen für eine Sache mobilisieren?

Edmund: Social-Media-Kampagnen werden immer mehr. Man muss das Gute herausstellen, wenn man keine tierischen Produkte mehr zu sich nimmt. Es gelingt immer mehr, die Menschen mit dem „blauen Planeten“ zu verbinden, ihre Lebensgrundlage – und der darf nicht aufgegessen werden. Empathie hat nichts mit Emotionen zu tun, sondern hat neben altruistischen auch selbsterhaltene Komponenten. Alle wollen umweltbewusst sein, aber die Hauptursache des Klimawandels und der Umweltzerstörung ist nun einmal die Produktion tierischer Erzeugnisse.

Alligator: Wie wirkst du am liebsten bei politischen Entscheidungen mit?

Edmund: Immer an Wahlen teilnehmen, Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker mit Tierrechtsthemen konfrontieren, schreiben, an öffentlichen Petitions- und Unterschriftenkampagnen teilnehmen. PETA nimmt als Träger öffentlicher Belange Stellung bei Gesetzesvorhaben. Leserbriefe zu den einschlägigen Themen schreiben. Im Bekannten- und Freundeskreis Politiker und politische Parteien analysieren und kommentieren, und mehr.

Alligator: Was war dein bisher größter Erfolg in deiner Arbeit als Tierrechtler?

Edmund: Die wesentliche Einschränkung der Pelztierzucht in Deutschland, die Erschaffung eines Bewusstseins für Tiere in der Nahrungsmittel-, Unterhaltungs- und Pharmaindustrie.

Alligator: Als Befürworter von Undercover-Ermittlungen und zivilem Ungehorsam: Ist das nicht zu radikal und extremistisch?

Edmund: Angesichts der ungeheuren strukturellen Gewalt auf Tierausbeutungsseite, wo es mafiaähnliche Zustände bis hin zur Organisierten Kriminalität mit Milliarden an Geldmitteln gibt, ist ein Undercover-Einsatz in Augiasställen der Fleisch- oder anderer Tierausbeutungsindustrien eine Bagatelle, Peanuts, nicht der Rede wert, zumal dies als zulässig von allen bislang mit dieser Frage befassten Gerichten beurteilt wurde, da nämlich höherrangiges Recht, also die Dokumentation von Missständen, dahintersteht. Und wer ist extremistisch? Diejenigen, die solche Missstände dokumentieren und zur Strafverfolgung bringen oder diejenigen, die Milliarden von leidensfähigen Mitgeschöpfen aus reinen Profitgründen töten bzw. töten lassen?

Alligator: Lebst du vegan oder vegetarisch?

Edmund: Vegan.

Alligator: Welche Gründe bewegen dich dazu?

Edmund: Rein ethische und tierrechtliche Motive. Ich habe Agrarwissenschaften, Spezialgebiet Tierproduktion studiert, habe meine Diplom- und Doktorarbeit über die Pelztierzucht geschrieben – was auf den Hochschulen für die Agrarwissenschaftler gelehrt worden ist, war abstoßend, Lebewesen-verachtend. Es war nur von Tiermaterial die Rede et cetera. Das Tier hatte seine Zuwachsraten zu bringen, auf das Gramm genau, ansonsten taugte es nichts als Zuchttier. Schrauben statt Mitgeschöpfe wurden „bearbeitet“. Und wenn dann zusätzlich der Input einer Tierrechtsorganisation parallel dazu kommt, ist der Weg zum veganen Vegetarismus nicht mehr weit.

Alligator: Empfindest du dies als Verzicht oder Bereicherung?

Edmund: Als eine unendliche Bereicherung. Ein Blick in die Vielfalt an veganen Kochbüchern beweist dies

schon. Es gibt so viele vegane Produkte mittlerweile, auf die man ohne Probleme Zugriff hat. Die Variantenbreite ist enorm, und wenn man unbedingt „das Fleischgefühl“ haben muss: Bitte, die veganen Alternativen zum Fleischbissen füllen ganze Regale auch beim Discounter (bei dem ich aber nicht einkaufe).

Alligator: Was empfiehlst du anderen, die auf fleischliche oder tierische Produkte verzichten wollen?

Edmund: Sich einfach drauf einlassen: Zunächst mal nicht selbst kochen, sondern Essen gehen, in die vielen veganen Restaurants mittlerweile oder aber auch zum Vietnamesen, Chinesen, Italiener etc. und die dort vielfältigen vegetarischen Menüs vegan bestellen – das tun die Küchenchefs mittlerweile gern. Dann mit veganen Fertigprodukten zu Hause beginnen, dort existiert eine enorme Vielfalt mittlerweile und dann, vielleicht mit dem PETA-Jubiläums-

Kochbuch „PETA Vegan!“ an der Seite, geht es ans eigene Experimentieren und Entdecken. Man glaubt gar nicht, wie viele Gemüse- und Obstsorten es gibt.

Alligator:

Danke für das Interview und weiterhin viel Erfolg!

Das Interview führte

// Lisa Kupsch

FÖJ Bundesverband GRÜNE LIGA

Neue Jugendzeitschrift Peppercorn

Umweltthemen scharf im Blick

Erste Ausgabe unter: <https://www.gruene-liga-berlin.de/themen-projekte2/umweltbildung/nachhaltiger-konsum/>

Foto unten: Frisch, frisch, clever – die erste Ausgabe der PEPPERCORN

PEPPERCORN – ein deutsch-slowakisches Kooperationsprojekt

Die Online-Zeitschrift entsteht im Rahmen eines deutsch-slowakisches Projektes zu nachhaltigem Konsum und Ressourcenschutz. Das Projekt der GRÜNEN LIGA Berlin und des slowakischen Vereins „Strom života“ informiert Kinder und Jugendliche über aktuelle Fragen des nachhaltigen

Konsums und Ressourcenschutzes und regt zu einer aktiven Auseinandersetzung und Beteiligung an. „Strom života“ gibt ebenfalls eine Umweltzeitung heraus. Natürlich sind auch hier jugendliche Autor_innen herzlich willkommen, sich mit eigenen Beiträgen an der slowakischen Zeitschrift STROM zu beteiligen. Die Übersetzung erfolgt von der Redaktion vor Ort. Im Zuge des Projektes geht zeitnah eine App mit praktischen Umwelttipps für Schule und Freizeit online, auf der Facebook-Seite werden aktuelle Projekte und Tipps publiziert. Das Projekt wird gefördert durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt.

Das erste Heft (erschien online am 28. August) beginnt mit einem Thema, für das Jugendliche die Experten schlechthin sind. „Coole Klamotten – zu welchem Preis?“ wird hier gefragt. Der Beitrag „Hauptsache billig!“ beschreibt den Weg der Baumwolle vom Feld zum T-Shirt und zeigt auf, dass vielfach unsere Mode nur billig hergestellt werden kann, weil die Näher_innen unter schlechten Arbeitsbedingungen produzieren. Dass es auch anders geht, beweist „Jyoti – Fair Works“ in Indien. Ein interessantes Projekt, das faire Kleidung produziert. Ein Umsonstmarkt wird besucht und slowakische Schüler_innen erzählen, welche Ideen sie zu nachhaltiger Mode haben. Zum Thema Müll

und Recycling beschreiben die deutschen und slowakischen Autor_innen ihre Projekte und Ideen zu mehr Müllvermeidung und Wiederverwendung von Kleidung oder wie aus Getränkeverpackungen blühende mobile Gärten entstehen. In der Rubrik „Klugscheißerwissen für die Schule“ werden beispielsweise Fragen wie „Wie viele Plastiktüten werden jedes Jahr auf der Welt weggeworfen?“ und „Wie viel Abfall produziert jede Person in Berlin täglich?“ beantwortet, es wird die älteste Glühlampe der Welt präsentiert und vielfältiges Unterrichtsmaterial zu den Themenschwerpunkten zur Verfügung gestellt.

PEPPERCORN erscheint zweimal jährlich. Die GRÜNE LIGA Berlin sucht begeisterte Mitautor_innen, die über ihre Projekte und Ideen, die sich mit Umweltthemen beschäftigten, berichten wollen. In den kommenden Ausgaben werden die Themen Elektronik und Klimawandel, Lebensmittel und Essen, Mobilität und Urlaub, Umwelt und Naturschutz, Werbung und Lifestyle beleuchtet. Dabei immer scharf im Blick: nachhaltiger Konsum und Ressourcenschutz. Auch auf Facebook unter PEPPERCORN Jugendzeitschrift kann mitgemacht und gepostet werden.

// Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN LIGA Berlin



Roland Hauschulz

Einsteigen bitte!

Ist kostenloser ÖPNV kurzfristig realisierbar?

Am 26. Juni stellte die Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin ihre Grundlagen- und Machbarkeitsstudie zum fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehr¹ in Berlin vor. Die Ergebnisse gingen deutschlandweit durch die Presse, jedoch haben auch andere Parteien Modelle zu „kostenlosem“ öffentlichem Nahverkehr in ihren Wahlprogrammen verewigt. Wo besteht nun also der Unterschied? Sind die Vorschläge realistisch? Bei diesem Thema kommen eine ganze Reihe ungeklärter Fragen auf – Grund genug, sich das alles einmal näher anzusehen.

Wer zahlt was?

In Deutschland ist die Finanzierung des ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) eine sehr komplizierte Angelegenheit, die Gelder kommen aus vielen verschiedenen Töpfen. Die wichtigsten davon sind die Fördermittel aus dem GVFG-Bundesprogramm (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) und die sogenannten Entflechtungsmittel sowie Landes- und Regionalisierungsmittel. Nur etwa 40 Prozent der Mittel sind Fahrgeldeinnahmen, diese Zahl steht zwar für Berlin, ist aber deutschlandweit in etwa vergleichbar. Ungeklärt ist hingegen die Frage der zukünftigen Finanzierung des ÖPNV, denn der Großteil der Mittel läuft 2019 aus. Bisher ist keine Anschlussregelung in Sicht. Bevor über einen fahrscheinlosen ÖPNV nachgedacht wird, muss hier dringend eine Lösung der ungeklärten Kostenfrage gefunden werden, dies ist die absolute Nummer 1 auf der Prioritätenliste. Bund und Länder würden die Finanzierung gerne den Kommunen zuschieben, diese sind jedoch bereits jetzt heillos überfordert mit der gerechten Aufteilung der viel zu knappen Gelder. Deutschland ist ein reicher Staat, und eine etwaige Konkurrenz des ÖPNVs mit beispielsweise Schulen ist nicht hinnehmbar! Die Findung einer Grundfinanzie-

rungslösung ab 2019 wird für die Studie und diesen Artikel daher vorausgesetzt.

Sollte sich das Land Berlin für die Einführung eines kosten- oder fahrscheinlosen ÖPNV entscheiden, so steht zuallererst die Frage der Finanzierung im Raum. Nahverkehr wird nicht kostenlos, nur weil der Senat dieses beschließt. Wer trägt welche Kosten zu welchen Teilen? Es existieren viele Lösungsmodelle, die wichtigsten drei möchte ich hier in aller Kürze vorstellen:

Um einen undurchsichtigen Beitragsdschungel für die Nutzer zu verhindern, favorisieren einige Politiker eine Steuerfinanzierung – das bedeutet, sämtliche entfallenden Fahrgeldeinnahmen werden durch an anderer Stelle eingesammeltes Geld gedeckt. Da hier Schulen, Rettungsdienste und Deiche in Konkurrenz zum ÖPNV treten würden, ist eine solche Lösung als nicht hinnehmbar einzustufen. Oft im Gespräch ist zudem das sogenannte Bürgerticket, welches sich von der Tarifstruktur am von Universitäten und Hochschulen bekannten Semesterticket orientiert, aber auf alle Bürgerinnen und Bürger erstreckt. Es handelt sich also quasi um eine verpflichtende Monatskarte, die entsprechend deutlich billiger und erschwinglich ist. Je nach Ausgestaltung des Systems schwanken die Beiträge zwischen 20 und 50 Euro pro Person und Monat. Ebenfalls ungeklärte Fragen finden sich in der rechtlichen Verankerung: Sollte das Land Berlin die Einführung eines kostenlosen ÖPNVs beschließen – was ist dann mit Brandenburg? Eine solche Maßnahme mit Gelderumlage wäre politischer Natur, keine Entscheidung der Verkehrsbetriebe. Die Entscheidung über einen kostenlosen ÖPNV wird vom Land Berlin und damit dem Senat und nicht dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg getroffen.

Eine Umsetzung dieser Regelungen wäre nur in einem länderübergreifenden Gesamtkonzept möglich, wie gut die Kommunikation hier funktioniert, hat sich oft genug gezeigt. Denkbar wäre die Option des Erwerbs eines Pendlertickets, das sich an den Tarif des Bürgertickets anschließt und dessen Erlös auch in denselben Topf fließt. Hier kann im Zuge dessen für Touristen eine Art „Gästeticket“ geschaffen werden. Eine etwas abstrak-

¹ Die komplette 134-seitige Studie ist abrufbar unter <http://fahrscheinlos.piratenfraktion-berlin.de/>



te Alternative bietet die Einführung von Erschließungsbeiträgen, wie sie bereits aus dem Straßenbau bekannt sind. Wer von einer Anbindung profitiert, zahlt. Dieses Mittel wurde bereits mehrfach von Gerichten bestätigt und ist als rechtssicher einzustufen, eine Anwendung auf den ÖPNV muss jedoch erst erprobt werden.

Foto oben:
E-Bus der neuen Elektrobushlinie 204 zwischen Zoologischem Garten und Südkreuz

(c) Roland Hauschulz

Die Studie der Piraten stellt nun ein radikal neues Konzept vor: Den fahrscheinlosen Nahverkehr. Der generelle Unterschied besteht im Vertrieb: „Kostenlos“ bedeutet „kostenlose Fahrten“ – die Fahrscheine werden einfach nur anderweitig bezahlt, sei es in Form einer Steuer oder eines verpflichtenden Bürgertickets. „Fahrscheinlos“ bezieht sich dagegen auf ein System, in dem die Kosten zwar logischerweise auch von irgendjemandem



Foto oben:
die neue U-Bahn
Baureihe L mit
Kleinprofil

(c) Roland
Hauschulz

mandem getragen werden müssen, es entfallen aber alle Formen von Fahrausweisen. Somit entfällt auch die gesamte Fahrausweis-Vertriebsinfrastruktur, was gegenüber der Bürger-ticket-Regelung ein paar entscheidende Vorteile mit sich bringt: Durch den Wegfall von für Laien undurchsichtige Tarifsyste-me, den Zwang zum Fahrschein-erwerb und der Möglichkeit, diesen zu verlieren, verschwin-den gleichzeitig eine ganze Reihe von Zugangsbarrieren. Gleichzeit-ig sind die Verkehrsunternehmen nicht mehr auf den kostspieligen Unterhalt von Fahrausweis-systemen angewie-sen. Bisher obligatorische Fahraus-weiskontrollen werden genauso überflüssig wie die Vertriebswege für diese. Wie groß dieser Kostenfaktor ist, wird durch neue Trends erkenn-bar als zuvor: Bargeld ist für Ver-kehrsunternehmen die teuerste aller Zahlungsvarianten, denn Fahrschein-automaten sind teuer, müssen gewar-tet und täglich das darin enthaltene Geld eingesammelt werden – das ist kein Modell für die Zukunft. Die Stra-tegie geht hier mehr dahin, das Fahr-scheinsortiment in den verschiedenen Apps auszubauen und den Vertrieb

Foto unten:
U-Bahn neuen
Typs bei der Fahrt
über die
Warschauer
Brücke

(c) Roland
Hauschulz



dort zu fördern. Ein fahrscheinloses Modell hat hier gegenüber dem des Bürgertickets entscheidende Vorzüge, konkret kosten Fahrscheine die Berliner Verkehrsunternehmen circa 50 Millionen Euro jährlich. Zudem erfolgt eine Entkriminalisierung des ÖPNV. Da mir die folgende Formulierung sehr gut gefällt, möchte ich hier direkt aus dem Bericht zitieren: „Fahrgäste werden in Bussen und Bahnen wieder Gäste, und nicht potentiell Verdächtige.“

Ist das alles?

Nach einer aktuellen Studie des Umweltbundesamtes wünschen sich 82 Prozent der Befragten eine Umgestaltung der Städte hin zu einer „Stadt der kurzen Wege“ und die Möglichkeit, komplett auf das Auto verzichten zu können. Da eine solche großplanerische Stadtumgestaltung eine Aufgabe von Dekaden ist, wird hier auf eine entsprechende Betrachtung verzichtet. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass die funktions-räumlichen Gliederungen der Grün-derzeit nicht mehr zeitgemäß sind und auch von der Masse der Bevölke-rung nicht mehr uneingeschränkt be-fürwortet werden. Dennoch sind bauliche Umgestaltungen der Stra-ßenräume zu Gunsten des Umwelt-verbundes auch kurz- bis mittelfristig möglich. Dazu gehören neben der kompletten verkehrlichen Umplanung von Straßenzügen und Quartieren un-ter anderem die Anlage neuer Rad-straßen sowie Verkehrsverlagerung, -entschleunigung und gegebenenfalls auch -verbot. Hier ergibt sich weite-erer Handlungsbedarf auf Landesebene mit Zeiträumen, die bewusst werden lassen, in welchen Dimensionen sich eine solche Abschaffung von nut-zungsfinanziertem ÖPNV abspielen würde. Ein kostenloser Nahverkehr ist nur sinnvoll, wenn er nahtlos in ein ganzes Paket von Maßnahmen eingebettet wird.

Die kurzfristig umsetzbaren Optimie-rungen des Landes Berlin in beste-hendem ÖPNV-Netz wie dem konsequen-ten Ausbau von Ampelvor-rangschaltungen und dem Ausweisen von Halteverboten sowie Busspuren sind theoretisch denkbar. Doch auch langfristige Maßnahmen sind nicht einfach übergebar. Es kommen poli-tische Instrumente der Verkehrs-steuerung und Deattraktivierung des MIV (motorisierter Individualverkehr,

beispielsweise Autos) in Frage, vor allem die stadtweite Tempo-30-Zone, sukzessiver Ausbau der Parkraumbewirtschaftung sowie eine City-Maut innerhalb des Berliner S-Bahn-rings (diese kann auch der Kofinanzierung des ÖPNVs dienen). Zusätzlich müs-sen zukunftsorientierte Baumaßnahmen in die Betrachtung mit einbezogen werden. Bei der Umplanung von Straßenzügen sollte die Mög-lichkeit der Umstellung von Bus- auf Straßenbahnbetrieb geprüft werden, fährt diese in vom Straßenverkehr unabhängigen Gebiet (zum Beispiel auf der Mittelinsel) kann sie zusätz-liche Vorzüge des ÖPNV aufzeigen. Gerade in Kombination mit radikalen Geschwindigkeitsbegrenzungen des Straßenverkehrs (Tempo 30) zeigt die Straßenbahn hier ihre Stärke. Mit 60 Stundenkilometern im eigenen Gleisbett ist diese doppelt so schnell wie der Straßenverkehr unterwegs und unabhängig von Stauzuständen. Zu-dem hat jede kleine Tram die Kapazi-tät von drei Bussen, Großraumzüge erreichen sogar die Kapazitäten einer Metro.

Fahren Sie gerne mit der U-Bahn? Was die Schwächen von Bus und Tram ausmacht, sind die Stärken der U-Bahn: Wer keine anderen Verkehrswege kreuzt, kann ungehindert mit bis zu 100 Kilometern pro Stund durch dicht besiedelte Metropolre-gionen rauschen. Sie ist ein zu-kunftsorientiertes Verkehrsmittel mit gigantischen Transportkapazitäten und hoher betrieblicher Sicherheit.

Verlagerung heißt Mehrverkehr

Nach diesem kleinen Ausflug in die Stadtplanung schlage ich hier den Bogen zurück zum eigentlichen Kon-zept der kostenlosen Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrsangebots. Ziel der kostenlosen Gestaltung des ÖPNV ist letztendlich die Gewinnung neuer Fahrgäste und die Verkehrsver-lagerung vom MIV in den Umweltver-bund – mehr Nachfrage führt aber zwangsläufig zu einem Mehrbedarf an Verkehrsleistung im ÖPNV, das Ham-burg Institut beziffert diesen auf et-wa 14 Prozent allein durch die augenscheinliche Kostenlosmachung desselbigen.

Es gibt jedoch einen Haken: Durch die Tatsache des „bereits bezahlten“ ÖPNV entstehen nicht nur die ge-

wünschten Verkehrsverlagerungs-effekte vom Auto hin zu Bus und Bahn, es wechseln auch viele Fußgänger und Radfahrer aus Bequemlichkeit in den öffentlichen Nahverkehr. Dieser ist zwar als umweltfreundlich einzustufen, kann jedoch mit den komplett emissionslosen Verkehrsträgern nicht mithalten, und ein Rückstrom von dort in den ÖPNV ist definitiv ein falsches Zeichen. Dies liegt auch nicht im Interesse der Verkehrsunternehmen. Aus mehreren Beispielen von steuerlich und beitragsfinanzierten Nulltarifen hat sich gezeigt: Es tritt in den allermeisten Fällen ein deutliches Nachfrageplus im ÖPNV ein, dabei gewinnen Nulltarife im Sinne einer Solidarfinanzierung (Bürgerticket) sowohl die höchsten Akzeptanz-, als auch die höchsten Wechselquoten von der Gruppe der Autofahrer. Zwar ist ein Rückstrom von Fußgängern und Radfahrern nicht komplett vermeidbar, angesichts einer Verringerung der Automobil-Verkehrsleistung von durchschnittlich rund 25 Prozent sowie der Abnahme von CO₂-, Feinstaub- und Stickoxidemissionen um zirka zehn Prozent aber als akzeptabel einzustufen. Besonders eine geschickte Kombination von Push- und Pull-Faktoren (Deattraktivierung des Autos gegenüber deutlichen Attraktivitätssteigerungen im Umweltverbund) kann und wird hier die Umstiegsraten signifikant beeinflussen.

Genau hier liegt jedoch auch die Hauptgefahr: Es ist absolut wünschenswert, so viele Menschen wie möglich in den Umweltverbund zu holen, gleichzeitig stößt dieser jedoch bereits heute an seine Grenzen. Berlin ist hier beispielhaft: Schaut man sich eine Karte der Stadt an, auf der die Anzahl aller „100-Prozent-Meldungen“ (überfüllte Waggon, in die kein Zustieg mehr möglich ist) verzeichnet sind, so zeigt sich eine klare Linie. Für Ortskundige stellt sich schnell heraus, dass es sich um die Strecke der Metrobuslinien M48 und M85 handelt, viel interessanter wird dies jedoch erst bei einer Rückbesinnung auf Planungen von vor mehreren Jahrzehnten. Diese Strecke orangener Überfüllungsmeldungen entspricht ziemlich genau einer Linienführung, wie sie für die Berliner U-Bahnlinie 10 geplant war. Realisiert wurde die Strecke nie, auch wenn Tunnel, Bahnhöfe und diverse Rohbauten vorhanden sind. Politisch

ist die U10 ein Tabuthema, zu teuer und zu langfristig die Umsetzung. Erste Tunnel werden bereits aus Statik- und Kostengründen wieder verfüllt. Dies ist keine zukunftsorientierte Verkehrspolitik, die von kostenlosem Nahverkehr eine Wende erfahren würde. Selbiges gilt für den Fahrzeugpark mit überalterten U-Bahnzügen. Vor allem im Großprofil kommt es zunehmend zu Ausfällen und dem Einsatz von kapazitätsschwachen Kurzzügen, da schlicht und einfach zu wenig Rollmaterial vorhanden und einsatzbereit ist. Die Beschaffung einer neuen Zugeneration ist überfällig, mehrere Milliarden Euro werden dafür fällig, vom Senat aber bewusst zurückgehalten. Züge können im Gegensatz zu Bussen nicht von der Stange gekauft werden, jede Zugeneration erfordert eine eigene Entwicklung, Erprobung und Zulassung – dies alles dauert Jahre. Zurückgehaltene Mittel zögern den ohnehin schon langwierigen Prozess von Fahrzeugersatz und Kapazitätsausbau nur unnötig hinaus. Dieses Problem haben BVG und S-Bahn Berlin gemeinsam.

Fazit

Bevor über die Einführung eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs ernsthafte Überlegungen angestellt werden können, müssen noch etliche Fragen geklärt und Maßnahmen getroffen werden. Es ist eine geeignete Anschlussfinanzierung für den ÖPNV in Deutschland über 2019 hinaus zu finden, um die Grundsicherung zu gewährleisten, danach kann man beginnen, sich über weitergehende Finanzierungsideen Gedanken zu machen. Direkt vor Einführung des kostenlosen Nahverkehrs sollte zudem eine Angebotsausweitung in bestehendem Netz erfolgen. Neue Linien und dichtere Takte zur Bewältigung von höherer Nachfrage und Steigerung der ÖPNV-Attraktivierung sind unabdingbar. Bei neuen Linien muss zudem über den langfristigen Bau von Straßenbahnen und U-Bahnen nachgedacht werden. Kosten- und fahrscheinloser Nahverkehr sind nur Teile eines viel größeren Konzeptes: der großdimensionalen Verkehrsverlagerung vom MIV hin zum Umweltverbund. Autos sollen nicht als schwarzer Peter aus dem Verkehr verbannt werden, die Verkehrsplanung muss jedoch endlich anfangen, für die Masse zu arbeiten



und den Umweltverbund mit dem Automobil gleichberechtigt betrachten. In Berlin besitzen nur etwa 30 Prozent der Menschen einen eigenen PKW, je nach Stadtgebiet schwanken diese Zahlen, allerdings besitzt fast jeder ein Fahrrad. Die Verkehrsplanung in Berlin steckt zum Teil noch in den 60er- und 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts fest. Sie orientiert sich nach wie vor sehr stark am Auto. Die Umgestaltung von Verkehrsräumen ist eine Frage von Jahren und zum Teil sogar Jahrzehnten, ohne die Umsetzung entsprechender Maßnahmen zur Gleichstellung aller Verkehrsträger ist die deutsche Verkehrsplanung jedoch nicht zukunftsicher.

Die Piraten haben mit ihrer Studie „Fahrscheinlos“ ein wissenschaftlich fundiertes Grundlagenpapier geschaffen, um die bisher spekulativen Äußerungen zur Machbarkeit von kostenlosem Nahverkehr in der Hauptstadt auf ein sachlich-zielorientiertes Niveau zu heben, und eines zeigt die Studie sehr deutlich: Unabhängig von den Umsetzungsinstrumenten und der Art, wie wir Verkehr in Zukunft denken und finanzieren wollen, ist ein öffentlicher Nahverkehr für 20 bis 50 Euro pro Person und Monat auch in pessimistischen Rechnungen möglich. Alle weiteren Ausgestaltungsspielräume müssen in den nächsten Monaten und Jahren durch den Prozess der politischen Willensbildung nach und nach betrachtet und gefüllt werden – es ist zu erwarten, dass der kostenlose ÖPNV bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2016 keine geringe Rolle im Wahlkampf spielen wird.

// Roland Hauschulz
Student der
Technischen Universität Berlin

Foto:
Auch von innen
hat die
U-Bahn einige
Neuerungen er-
halten.

(c) Roland
Hauschulz

Der Autor Roland
Hauschulz stu-
diert Verkehrs-
planung an der
Technischen Uni-
versität Berlin
und absolvierte
im Jahr 2013/14
ein Freiwilliges
Ökologisches Jahr
in der Bundes-
geschäftsstelle
der GRÜNEN LI-
GA.

Weiteren Fragen
zum Text bitte an
r.hau-
schulz@cam-
pus.tu-berlin.de .

Tobias Schäfer

Join the riverlution!

Unterwegs im Pazifischen Nordwesten der USA zu einer neuen Sicht auf unsere Flusslandschaften

Der Autor Tobias Schäfer arbeitet als Referent für Gewässerschutz in der Bundeskontaktstelle Wasser beim Bundesverband der GRÜNEN LIGA in Berlin und ist Mitglied in der Water Working Group des Europäischen Umweltbüros (EEB) in Brüssel.

Ich hatte das große Glück, im Frühjahr 2015 die Westküste der USA bereisen zu können. Thema meiner Studienreise waren Einzugsgebietsmanagement und Flussrenaturierungen im Pazifischen Nordwesten. Für diese Region gibt es unterschiedliche Definitionen. Die schlüssigste lautet: Der Pazifische Nordwesten ist da, wo es Lachse gibt.

Die Lachse sind an der Westküste Schlüsselarten nicht nur für die Flussökosysteme, sondern für ganze Landschaften. Wie tief diese Beziehung zwischen dem Land und diesen Fischen ist, in ökologischer, wirtschaftlicher und auch in kultureller Hinsicht, darüber gab es in den gut fünf Wochen viel zu lernen.



Foto links: Eintauchen in eine neue Welt! Selbstportrait mit Charely Dewberry.

(c) Tobias Schäfer

„The Fish in the Forest“ – der Titel des wunderschön bebilderten Buches von Dale Stokes bringt es wunderbar auf den Punkt: Lachse sind Waldbewohner. Die Waldökosysteme der Küstenregion sind ohne den Aufstieg der Lachse nicht zu verstehen. Meer und Land werden durch sie untrennbar miteinander verbunden. Die Fische gehören in den Wald, denn am Ende ihrer Laichwanderungen sterben sie, werden verstoffwechselt und düngen so die Wälder. Und die Bäume gehören in den Fluss, tot oder lebendig. Ihr Schattenwurf hält das

Wasser kühl, Totholz in allen Größen bildet essentielle Strukturelemente im Lebensraum der Fische – von Fluss zu Fluss in eigener Weise.

Meine Route führte von San Francisco an die kanadische Grenze, in einem Band zwischen dem Pazifik und den Bergen der Sierra Nevada und der Cascades. Von Sacramento bis zum Elwha konnte ich elf Flüsse und einen See kennenlernen und begegnete jeden Tag Menschen, die sich in Umweltorganisationen oder in der Verwaltung, als Wissenschaftler oder Planer, als Filmemacher oder Angler für ihre Flusslandschaften, für Wanderfische und für den Gewässerschutz einsetzen.

Mit der eingangs beschriebenen Beziehung von Wald und Fluss ist zugleich angedeutet, wie verheerend sich die weitestgehend auf Kahlschlägen beruhende Waldbewirtschaftung auf die Fischbestände ausgewirkt hat. Neben dem Staudambau ist sie die wichtigste Ursache für den dramatischen Einbruch der Lachsbestände im gesamten Nordwesten. Selbst am Siuslaw River in Oregon, der dank der Arbeit des Siuslaw Watershed Council gute Chancen auf eine wirkliche Revitalisierung seines Einzugsgebiets und seiner Coho-Lachsbestände hat, schätzt man, dass diese aktuell nur bei ein bis zwei Prozent dessen liegen, was noch vor einigen Jahrzehnten Grundlage einer florierenden Fischerei war. Um dem dramatischen Rückgang der Lachsbestände entgegenzuwirken, werden auf bundesstaatlicher wie auch auf nationaler Ebene zukunftsweisende Ansätze verfolgt, etwa durch das Oregon Watershed Enhancement Board, das Northwest Power and Conservation Council und im Rahmen des Northwest Forest Plans. Als gefährdete Arten sind Lachse und Steelhead-Forellen heute die Zuggpferde großangelegter Renaturierungsprojekte. Gar

nicht zu überschätzen ist die Rolle, die die Indianerstämme des Nordwestens für den Erhalt der Lachse gespielt haben. Im Einzugsgebiet des Columbia koordinieren vier Stämme ihre Arbeit seit den 1970ern in der Columbia River InterTribal Fish Commission.

Schon in Reaktion auf den Staudammbaum und die anhaltenden massiven wasserbaulichen Eingriffe in die Flusslandschaften der USA im zwanzigsten Jahrhundert kam es zu einer Gegenbewegung, welche 1968 einen bundesgesetzlichen Schutzstatus für frei fließende Flüsse durch den „Wild and Scenic Rivers Act“ erwarbte. Das stärkste Instrument zum Schutz von Flussökosystemen in den USA. Die als wild und landschaftlich reizvoll geschützten Flüsse sind gewissermaßen die Nationalparks unter den Flüssen.

In den USA werden seit vielen Jahren mehr Staudämme zurück- als neu gebaut. Allein 2014 wurden laut American Rivers 72 abgerissen. Eine breit aufgestellte Hydropower Reform Coalition setzt sich dafür ein, die Verheerungen des überzogenen Ausbaus der Wasserkraft zu kurieren. Am Rogue River im Süden Oregons, dessen Fischreichtum ehemals nur hinter dem des Columbia zurückstand, wurde nach 25 Jahren dauernden Bemühungen und langen Gerichtsverfahren 2012 der letzte von drei umstrittenen Staudämmen entfernt. Der Rogue fließt nun auf einer Strecke von 157 Meilen wieder frei. Zu den spektakulärsten Staudammrückbauten zählt der Abriss der beiden Staudämme im Elwha River, der im Olympic National Park im Bundesstaat Washington entspringt und in die Meerenge südlich des kanadischen Vancouver Island mündet. Der Upper Elwha Damm war der höchste Staudamm, der je in den USA beseitigt wurde. Der Elwha gräbt sich seither in den Sedimenten der ehemaligen Stauseen ein neues

Bett, verlagert dabei in atemberaubender Dynamik riesige Mengen Sediment und Totholz. Er lässt im Mündungsbereich wie im Zeitraffer ein neues Ästuar entstehen – eine trichterförmige Flussmündung, die in die Strait of Juan de Fuca hineinwächst. Die Wiedergeburt eines Flusses.

Bei der Umgestaltung des Westmoreland Park in Oregons Metropole Portland wurde der Crystal Springs Bach renaturiert, Uferzonen bepflanzt, Totholz eingebracht und großflächige Überschwemmungsbereiche geschaffen. Wenige Monate nach der Fertigstellung wurden bereits drei Lachse beobachtet, die von sich aus in den Bach eingewandert waren und unmittelbar neben dem neu angelegten Wasserspielplatz vorbeizogen.

Beim „Big Float“ schließlich, dem großen Flussbadetag, der seit fünf Jahren auf dem Willamette stattfindet, gingen im vergangenen Jahr 2.300 Menschen mitten in Portland baden – vor zwanzig Jahren noch eine undenkbar Vorstellung. Durch den Rückgang industrieller Abwasserleitungen und die aufwendige Umgestaltung des Regenwassermanagements findet der Willamette zu neuem Leben, die Fische kehren zurück, und wer dort baden geht, verändert schlagartig sein persönliches

Verhältnis zu diesem Fluss: „The Willamette River is only limited by our imagination!“

In „The Good Rain. Across Time and Terrain in the Pacific Northwest“ widmet Timothy Egan den Lachsen ein eigenes Kapitel, an dessen Ende er schreibt: Mit dem endgültigen Verschwinden der wilden Lachse würde die Ausbeutung der Wälder hemmungslos voranschreiten, und die Landschaft liefe Gefahr, „die dünne Schicht grünen Lebens zu verlieren, die sie überzieht, seit die Gletscher dahingeschmolzen sind.“ Im letzten

Satz folgt eine Einsicht, die zu übersetzen mir schwerfällt: „What's more, it would lose the resonance of its spirit.“ Es ist dieser Geist, der den Nordwesten für den Reisenden zu so einer überwältigenden Landschaft macht und der Menschen inspiriert, für den Erhalt ihrer Lebensgrundlagen einzutreten, für Wälder, Flüsse und Fische.

Dank an: American Council on Germany, GRÜNE LIGA, Umweltbundesamt und EEB.

// Tobias Schäfer
Bundeskontaktstelle Wasser



Foto rechts:
Auenrenaturierung Five Mile Creek, einem Zufluss des Siuslaw Rivers in Oregon.

(c) Tobias Schäfer

Saubere und gesunde Flüsse

GRÜNE LIGA Seminar zum Thema Gewässergüte am 15. Oktober

Am 15. Oktober veranstaltet die Bundeskontaktstelle Wasser das Seminar "Saubere und gesunde Flüsse". Das Projekt "Nährstoffminderung und Trinkwasserschutz im Flussgebietsmanagement" wird durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt gefördert.

Das Seminar wird sich thematisch den aktuell anstehenden Entwicklungen zu den Vorgaben der Gewässergüte widmen, die für die Definition des guten chemischen und ökologischen Zustands der Gewässer herangezogen werden. In Amtsdeutsch ist hier von der

Prioritären-Stoffe-Richtlinie und der Novelle der Oberflächengewässerverordnung die Rede. Eine Reihe von Industrievertretern machen hier Front gegen die vorgeschlagenen Grenzwerte.

Ein Dauerbrenner ist die noch nicht verabschiedete Novelle der Düngerverordnung. Auf dieser Verordnung ruhen einige Hoffnungen für die Reduzierung der Nährstofffrachten in Binnengewässer und Meere. Hier gilt es, die Argumente der Umweltverbände und der Wasserversorger weiterzutragen und so zum Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger zu machen.

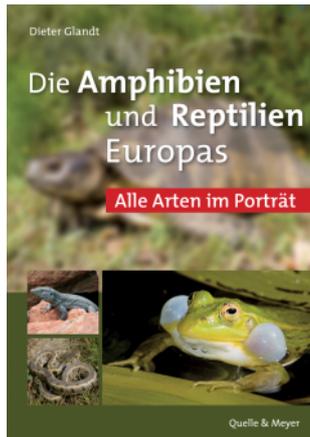
Am Nachmittag werden Flussbotschafterinnen und Flussbotschafter von ihren Aktionen für unsere Flüsse, Seen und Meere berichten. Die Aktion des Jugend-Flussbadewettbewerbs Big Jump Challenge wird vorgestellt. Die Botschaften und Schlussfolgerungen des Seminars werden wir am Folgetag, dem 16. Oktober 2015, den Parlamentariern des Deutschen Bundestags vorstellen.

Am 15. Oktober (Do, 9:30 – 17:00 Uhr) findet das Seminar "Saubere und gesunde Flüsse" im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Robert-Havemann-Saal, Greifswalder Straße 4 in Berlin statt.

Informationen und Anmeldung unter:

telefonisch:
030.40393530

per Mail:
wasser@grueneli
ga.de



Amphibien und Reptilien

Die Herpetologie ist eine wissenschaftliche Disziplin, die sich mit zwei biologisch betrachtet recht unterschiedlichen Tiergruppen befasst, sie ist die Lehre und Kunde von den Tierklassen der Amphibien (Lurche) und Reptilien (Kriechtiere). Die Systematik geht auf Carl von Linné zurück, der im 18. Jahrhundert beide Tiergruppen in der Tierklasse „Amphibia“ vereinte. Dieter Glandt – promovierter Zoologe – stellt in seinem Buch alle in diesem geographischen Raum anerkannten Arten im Porträt vor, wobei auch einige Bereiche wie die angrenzenden atlantischen Inseln, die geographisch nicht zu Europa gehören, mit erfasst sind. Nahezu jede der 280 Arten ist farbig abgebildet. Aussehen, Lebensraum und Lebensweise der einzelnen Arten sind detailliert beschrieben. Darüber hinaus liefert der Autor auch aktuelle Informationen zu Gefährdung und Schutzmaßnahmen sowie Beobachtungstipps. In erster Auflage erschien das Buch 2010 in der Taschenlexikon-Reihe des Verlages. Das nunmehr größere Format, schränkt die Handlichkeit ein, kommt aber den Fotos und damit den BetrachterInnen zugute, ebenfalls neu die Gliederung in fünf Untergruppen (Schwanzlurche, Froschlurche, Schildkröten, Echsen, Schlangen). Mit 1375 Gramm ist das Werk weniger ein Exkursionsbegleiter als vielmehr ein Nachschlagewerk für den häuslichen Gebrauch.

// Katrin Kusche

Dieter Glandt: „Die Amphibien und Reptilien Europas. Alle Arten im Porträt“, Quelle & Meyer Verlag, 716 Seiten, 39,95 Euro



Billig.Billiger.Banane

Deutsche Verbraucher sind Spitzenreiter des Bananenkonsums innerhalb Europas. Wen wundert das? Bananen sind lecker, nahrhaft und dazu noch unschlagbar preisgünstig. Nur selten fragt sich ein Verbraucher, wie es zu dem geringen Discounterpreis kommt. Sarah Zierul berichtet in ihrem Buch von der Geschichte des Bananenanbaus, über die gesamte Produktions- und Lieferkette bis hinein in die deutschen Discounterregale und bietet damit einen ganzheitlichen Blick. Sie klärt auf über Zertifikate und deren tatsächliche Bedeutung sowie die enorm strengen Regelungen für den Import der gelben Früchte, für den ein ganzer Industriezweig verantwortlich ist. Besonders spannend und detailliert wird die Arbeit auf den Plantagen beschrieben, konventionelle als auch bio- und fairtrade-zertifizierte Anbaugelände wurden dabei von ihr besucht. Das Buch "Billig.Billiger.Banane" verdeutlicht die Pflicht der Verbraucher, auf mehr zu achten, als nur den Preis und zeigt die Risiken für Umwelt, Arbeiter und Industrie auf. Die niedrigen Lebensmittelpreise der großen Discontern fallen den Anbaugeländen, der dort lebenden Bevölkerung und deren Ressourcen zur Last. Ein gutes Buch für alle, die sich für die Herkunft und Verarbeitung ihrer Lebensmittel interessieren und mehr wollen als nur die Preisangaben auf den Produkten im Supermarkt.

// Lisa Kupsch

Sarah Zierul: „Billig.Billiger.Banane. Wie unsere Supermärkte die Welt verramschen“, oekom verlag, 256 Seiten, 19,95 Euro



Endspiel

Über Länder und Kontinente hinweg ist die Situation der Regenwälder unüberschaubar. Auf der einen Seite wird illegal gerodet, auf der anderen Seite mit staatlicher Unterstützung aufgeforstet. In vielen Gebieten geht die Waldfläche stark zurück, in manchen Regionen bleibt sie hingegen konstant. Außerdem gibt es noch unerschlossene Wälder. Vielen Experten fällt es somit schwer, eine präzise Aussage über den derzeitigen Stand zu machen oder einen Ausblick auf die Zukunft zu geben. Das Buch „Endspiel: Wie wir das Schicksal der tropischen Regenwälder noch wenden können“, welches im Mai 2015 auf deutscher und englischer Sprache erschienen ist, beendet die Unübersichtlichkeit. Der 34. Bericht an den Club of Rome warnt davor, dass erste Erfolge beim Schutz von Regenwäldern gefährdet werden. Der Verlust tropischer Regenwälder verstärkt den Klimawandel und nimmt zudem Tieren und Pflanzen ihren natürlichen Lebensraum. Der promovierte Schweizer Biologe Claude Martin hat in Tropenwäldern in Indien und Afrika geforscht und war langjähriger Generaldirektor des WWF International. In seinem Bericht fasst er den aktuellen Zustand der Regenwälder zusammen, blickt auf die Ursachen der Zerstörung und formuliert Handlungsoptionen und Kernbotschaften für die Zukunft.

// Nora Schiemann

Claude Martin: „Endspiel - Wie wir das Schicksal der Tropischen Regenwälder noch wenden können“, oekom Verlag, 320 Seiten, 22,95 Euro

- 0 Sterne
Schlecht
- 1 Stern
Uninteressant
- 2 Sterne
Geschmackssache
- 3 Sterne
Lesenswert
- 4 Sterne
Empfehlenswert
- 5 Sterne
Unbedingt empfehlenswert!!!

STOP TTIP und CETA

Demo für einen gerechten Welthandel

Zeit aktiv zu sein! Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP (Transatlantische Freihandelsabkommen) und CETA (Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen) in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln (siehe Alligator 2-3/2014). Es ist höchste Zeit, den Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen! Wir treten gemeinsam für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch TTIP und CETA gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Re-

geln gestellt. Sonderrechte für Investoren und Investor-Staats-Schiedsverfahren gefährden parlamentarische Handlungsfreiheiten. TTIP und CETA setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken internationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. TTIP und CETA grenzen die Länder des globalen Südens aus, statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsungerechtigkeit beizutragen. Unterzeichnen sie auch die europäische Bürgerinitiative unter: <https://stop-ttip.org/de/unter-schreiben/>

Demonstrieren Sie mit!



Termine

Bundesprecherrat der GRÜNEN LIGA

15. Januar 2016, 14:00 - 17:00 Uhr,
Haus der Demokratie und Menschenrechte,
Veranstaltungsraum Vorderhaus, 2. Obergeschoss
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Mitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA

19. März 2016, 09:30 Uhr Stimmkartenausgabe
10:00 Beginn, Robert-Havemann-Saal
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin

Viele weitere Termine von den regionalen Gruppen der GRÜNEN LIGA sind auf unserer Homepage www.grueneliga.de zu finden.

Markt

Über die GRÜNE LIGA Bundesgeschäftsstelle zu beziehen (siehe Menüpunkt „Shop“ auf www.grueneliga.de):

Seminarmappe „Umgebungslärmrichtlinie. Rechtliche Aspekte zur Umsetzung von Maßnahmen“ 74 Seiten C4, alle Vorträge, EVP: 15 EUR zzgl. Versandkostenpauschale

Positionspapier „Flussauen zurückgewinnen – natürlichen Wasserrückhalt verbessern!“ 8 Seiten A4, EVP: 2,50 EUR zzgl. Versandkostenpauschale

Broschüre „Anleitung Lärmspaziergang“ 26 Seiten A5, EVP: 2,50 EUR zzgl. Versandkostenpauschale

Umweltbibliotheken-Wegweiser (2. Auflage): EVP: 6,54 EUR zzgl. Versandkostenpauschale

Alligator (Filzpuppe), Wäschezeichen mit GRÜNE LIGA-Logo und Schriftzug www.grueneliga.de EVP: 5,25 EUR zzgl. Versandkostenpauschale

Ringelblumensalbe, Johanniskrautsalbe, Beinwellsalbe, Dose mit GRÜNE-LIGA-Logo: EVP: je 3,25 EUR zzgl. Versandkostenpauschale

Notizblock mit GRÜNE LIGA-Logo, Größe: ca. 8 x 14,8 cm, mit Magnetstreifen zum Anhängen, zum Beispiel am Kühlschrank. EVP: 2,00 EUR (1,80 EUR für GRÜNE LIGA-Mitglieder ab fünf Stück) zzgl. Versandkostenpauschale

NEU: Alternativer Geschäftsbericht der Deutschen Bahn AG: 60 Seiten, EVP: 4 EUR zzgl. Versandkostenpauschale

NEU: WRRL-Info 29: 4 Seiten A4, Bestellung über den GRÜNE LIGA-Webshop, Versandkostenpauschale

Bundesverband

GRÜNE LIGA e.V.

Bundesgeschäftsstelle (BGSt)
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

☎: 030/2044745
☎: 030/2044468
✉: bundesverband@grueneliga.de
oeffentlichkeitsarbeit@.....
material@grueneliga.de
alligator@grueneliga.de

Bundeskontaktstellen/ Facharbeitskreise:

BKSt. Agro-Gentechnik
Torsten Kohl
c/o GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353
☎: 0351/49 43 400
✉: dresden@grueneliga.de

BKSt. Braunkohle
Straße der Jugend 94
03046 Cottbus
☎: 0151/14420487
✉: braunkohle@grueneliga.de
www.lausitzer-braunkohle.de

BKSt. Gesteinsabbau
Uli Wieland
Am Lindenberg 21, 07646 Rausdorf
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

BKSt. Internationale Arbeit
Annette Baumann
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin
☎: 030/443391-70
☎: 030/443391-75
✉: gl.internat@grueneliga.de

BKSt. INTERNET.welt
Michael Krieger
c/o Bundesgeschäftsstelle
☎: 0177/5966165
✉: internet.welt@grueneliga.de

BKSt. Nach. Reg. Entwicklung
Tomas Brückmann
c/o ÖKOLÖWE (s.u. Sachsen)
✉: Tomas.Brueckmann@grueneliga.de

BKSt. Pflanzenöl
Michel Matke
c/o INOEL Pflanzenöltechnik
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
☎: 0341/30654 20
☎: 0341/30654-21
✉: sachsen@grueneliga.de

BKSt. Verkehr u. Siedlungsentwickl.
Dr. Torsten Bähr
Peterssteinweg 18
04107 Leipzig
☎: 0341/2111800
✉: verkehr@grueneliga.de

BKSt. Wasser
Michael Bender
c/o Bundesgeschäftsstelle
✉: wasser@grueneliga.de
☎: 030/40 39 35 30

BKSt. Umweltbibliotheken
Katrin Kusche
c/o Bundesgeschäftsstelle

Facharbeitskreis Landwirtschaft
heute & morgen, Jens Heinze
c/o Umweltbildungshaus
Johannishöhe
✉: jens@johannishoe.de

Facharbeitskreis Ökologischer
Landbau und Tourismus
Matthias Baerens, s. u. ECEAT
✉: baerens@baerfuss.de

Weitere Mitgliedsgruppen:

Bundesverband Dezentraler Ölmühlen
und Pflanzenöltechnik e.V.
Remigiusstraße 1
66606 St. Wendel-Bliesen
☎: 06854/90 80 21
✉: info@bdoel.de

ECEAT Deutschland e.V.
Möwenburgstraße 33
19006 Schwerin

GRÜNE LIGA Dresden/
Oberes Elbtal e.V.
Schützengasse 16/18
01067 Dresden
☎: 0351/49 43 353 ☎: -400
✉: dresden@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Osterzgebirge e.V.
Große Wassergasse 9
01744 Dippoldiswalde
☎: 03504/618585
✉: osterzgebirge@grueneliga.de

Naturschutzstation Zippendorf e.V.
Am Strand 9
19063 Schwerin
☎: 0385/2013052 ☎: -2075571
✉: Naturschutzstation.Zippendorf@t-online.de

Netzwerk der Initiativgruppen
Gesteinsabbau e.V.
Uli Wieland
Am Lindenberg 21, 07646 Rausdorf
☎: 01522/1960531
✉: gesteinsabbau@grueneliga.de

Umweltbildungshaus
Johannishöhe, 01737 Tharandt
☎: 035203/3 71 81
☎: 035203/3 79 36
✉: info@johannishoe.de

Regionalverbände

GRÜNE LIGA Berlin e.V.

Landesgeschäftsstelle
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
☎: 030/443391-0 (Zentrale)
☎: 030/443391-33
✉: berlin@grueneliga.de

ALLIGATOR, c/o GRÜNE LIGA e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin
PVSt, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“ A14 600

Grünes Haus für Hellersdorf
Boitzenburger Straße 52 - 54
12169 Berlin
☎: 030/56499892
☎: 030/56499950
✉: gruenes.haus@alice.de

Bezirksgruppe Weißensee/
BAUM, c/o Petra König
Aubertstraße 37
13127 Berlin
☎: 030/9253070
☎: 030/96793079
✉: koenig.petra@berlin.de

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Potsdam
Haus der Natur
Lindenstraße 34
14467 Potsdam
☎: 0331/20 155 20 ☎: -22
✉: potsdam@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Meckl.-Vorp.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Schwerin
Postfach 010243
19002 Schwerin
✉: mecklenburg-vorpommern@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen e.V.

Landesgeschäftsstelle
Schützenplatz 14
01067 Dresden
☎: 0351/21 923 401 ☎: -403
✉: sachsen@grueneliga.de

Regionalbüro Leipzig
Ökolöwe-Umweltbund Leipzig e.V.
Bernhard-Göring-Straße 152
04277 Leipzig
☎: 0341/3 06 51 85
☎: 0341/3 06 51 79
✉: info@oekoloewe.de

Regionalbüro Oberlausitz
Czornebohstraße 82 -
Sternwarte, 02625 Bautzen
☎: 03591/605860
☎: 03591/607050
✉: oberlausitz@grueneliga.de

GRÜNE WELLE Umweltverein e.V.
Straße der Einheit 18
04769 Naundorf
☎: 03435/920089

☎: 03435/931751
✉: gruene.welle@grueneliga.de
www.gruene-welle.org

GRÜNE LIGA Hirschstein e.V.
Neuhirschsteiner Straße 25
01594 Hirschstein
✉: hirschstein@grueneliga.de

Büro GRÜNE LIGA Westsachsen e.V.
Crossener Str. 23, 08058 Zwickau
☎: 0375/27119634
☎: 0375/27119635
✉: GL.Westsachsen@Arcor.de

Initiativgruppe Grüne Aktion
Westerzgebirge e.V.
PSF 1239, 08306 Eibenstock
☎: 037752/55952

GRÜNE LIGA Thüringen e.V.

Landesgeschäftsstelle/
Regionalbüro Weimar
Goetheplatz 9b, 99423 Weimar
☎: 03643/4 92 796
☎: 03643/49 27 97
✉: thuringen@grueneliga.de

Büro Arnstadt
IG Stadtökologie Arnstadt e.V.
An der Liebfrauenkirche 2
99310 Arnstadt
☎: 03628/640723
☎: 03628/746283
✉: arnstadt@grueneliga.de

Regionalbüro Eichsfeld
Kastanienhof, 37318 Marth
☎: 036081/6 06 15 ☎: -18
✉: region.eichsfeld@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Sachsen - FÖJ e.V.
Babelsplatz 3, 09599 Freiberg
☎: 03731/166497
✉: info@gruene-liga.de

Evangelisches Einkehrhaus Bischofrod
Hauptstraße 3
98553 Bischofrod
☎: 036873/20474
☎: 036873/20048

**Mehr unter:
www.grueneliga.de**